

## Strasser als Lobbyist für Red Bull tätig

WIEN – Der frühere EU-Abgeordnete Ernst Strasser soll auf europäischer Ebene Lobbying für den Getränkehersteller Red Bull betrieben haben und zugleich über eine Innsbrucker PR-Agentur von diesem bezahlt worden sein. Strasser musste 2011 seinen Hut nehmen, nachdem er sich vor britischen Boulevardjournalisten mit seinem Einfluss im EU-Gesetzgebungsprozess gebrüht hatte. Der damalige EU-Abgeordnete Ernst Strasser soll vor zwei Jahren gemeinsam mit Red-Bull-Vertretern an seine deutsche Fraktionskollegin Monika Hohlmeier herangetreten sein, nachdem der Energydrink-Hersteller Schwierigkeiten auf dem deutschen Markt bekommen hatte.

## Politikerdasein auf 10 Jahre begrenzen?

WIEN – In der Debatte um Reformen des politischen Systems in Österreich liegt eine neue ÖVP-Idee auf dem Tisch. Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl findet, dass Politiker maximal zehn Jahre im Amt bleiben sollten. „Ich sage, zehn Jahre sind für einen Politiker genug.“ „Wer so lange in einem Regierungsamt, im Parlament oder im Gemeinderat war, soll gehen oder auf eine andere Ebene wechseln müssen“, so Nagl.

# IHS: Gesundheitssystem ist teuer und ineffizient

WIEN – Die Ausgaben für Österreichs Gesundheitssystem sind hoch, das bedeutet aber nicht, dass auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung auf einem Bestniveau liegt. Das System ist teuer, aber recht ineffizient. Das zeigt eine gestern präsentierte Studie des IHS (Institut für Höhere Studien). Die Ressourcen müssen besser und gezielter eingesetzt werden, ist eine Schlussfolgerung daraus. WKÖ-Vizepräsident Hans Jörg Schelling stellte bei der Pressekonferenz fest: Das „Kompetenzenwarr“ macht das System teuer.

2010 wurden in Österreichs Gesundheitssystem 31,4 Milliarden Euro, rund elf Prozent des BIP, gesteckt. Wie es jedoch wirklich um die Behandlungsqualität steht, sollte eine Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer und des Forums der Forschenden Pharmazeutischen Industrie beleuchten. Ziel war es, aufzuzeigen, in welcher Relation Kosten und Ergebnisse stehen und wie Österreich dabei im internationalen Vergleich abschneidet, erklärte Thomas Cypionka, Experte für Gesundheitswirtschaft am IHS.

„Österreich ist mittelmäßig. Wir könnten im Vergleich ein wesentlich besseres Outcome erreichen“, so seine Bilanz. Österreich liege im europäischen Vergleich im Mittelfeld. 2009 war das der zehnte Rang. Das System ist ausbaufähig, das zeige auch die Aussicht der Österreicher auf nur 59,4 gesunde und beschwerdefreie Lebensjahre. Der EU-Durchschnitt beträgt hier 60,7 Jahre. Bei einer Lebenserwartung von 80 Jahren bedeutet das, dass 20 Jahre an Lebensqualität durch Krankheit verloren gehen.



Der Dr.-Karl-Lueger-Ring in Wien ist Geschichte: Der prominente Straßenabschnitt zwischen Burgtheater und Schottengasse heißt nun Universitätsring. Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (r.) enthüllte gestern im Beisein von Uni-Rektor Heinz Engl (Mitte) und von Grünen-Kultursprecher Klaus Werner-Lobo die erste der neuen Straßentafeln. In den nächsten Tagen werden alle 18 Schilder ausgetauscht. Foto: APA

## ÖVP-Kärnten-Chef Martinz ohne Schuldbewusstsein

KLAGENFURT – Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat in der Causa Birnbacher gestern am Landesgericht Klagenfurt dem Kärntner ÖVP-Obmann Josef Martinz, dem Villacher Steuerberater Dietrich Birnbacher und den Vorständen der Kärntner Landesholding, Hans-Jörg Megymorez und Gert Xander, Untreue vorgeworfen. Dadurch sei dem Land Kärnten ein Schaden von 5,7 Millionen Euro entstanden, erklärte Staatsanwalt

Andreas Höbl in seinem kurzen Plädoyer. Der Kärntner ÖVP-Landesparteiobmann Josef Martinz hat sich gestern im Korruptionsprozess in der Causa Birnbacher am Landesgericht Klagenfurt als nicht schuldig bekannt. In der Causa Birnbacher hat er sein Agieren beim Verkauf der Kärntner Hypo an die BayernLB im Jahr 2007 verteidigt. „Ich würde wieder so handeln“, sagte der Politiker. Er sei sich keiner Schuld bewusst.

## Österreich macht Weg für ESM und Fiskalpakt frei

WIEN – Österreich steht Europäischem Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt nicht im Weg. Nach hitzigen Debatten und stundenlangen Abstimmungen gab der Nationalrat beiden europäischen Materien gestern seinen Segen. Beim ESM sorgten die Grünen für die nötige Verfassungsmehrheit, der Fiskalpakt wurde nur von SPÖ und ÖVP angenommen. Hier könnten allenfalls noch nachträgliche Probleme drohen,

da die Opposition eine Verfassungsklage erwägt, weil vor allem Grüne und BZÖ vermuten, es wäre eine Verfassungsmehrheit für einen Beschluss notwendig gewesen. Der Fiskalpakt hat einen ausgeglichenen Haushalt zum Ziel, das jährliche strukturelle Defizit soll nicht mehr als 0,5 Prozent des BIP ausmachen. Die entsprechenden Regelungen müssen in der nationalen Gesetzgebung verankert werden, was hierzulande Ende des Vorjahres geschehen ist.